



des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-xxxx

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: xxxxxxxxxxxxxxxx

E-mail: xxxxxxxxxxxxxxxx@wiesbaden.de

Wiesbaden, 11.05.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit

am Dienstag, 10. Mai 2022, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1.

Genehmigung der Niederschrift

2.

Vorstellung des Trägervereins Queeres Zentrum Wiesbaden

3.

Vorstellung der Initiative Catcalls of Wiesbaden

4. **21-V-11-2012**

DL 01/22-6

Bericht zum Frauenförderplan 2014-2019

5. **22-V-40-0006**

DL 13/22-13

Kostenfreie Menstruationsprodukte an weiterführenden Schulen in Wiesbaden

6. **22-F-69-0028**

Die Rolle von Mechthilde Coigné im Rahmen der linken Metoo-Debatte
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.05.2022 -

Die metoo-Debatte hessischer und Wiesbadener Linke kocht immer weiter hoch. Beinahe täglich kommen neue, erschreckende Details zum Vorschein. Wie verschiedene Medien berichten, herrschen unter anderem Vorwürfe von jahrelanger sexueller Gewalt und Machtmissbrauch gegenüber jungen, weiblichen Parteimitgliedern der Linkspartei. Die schwerwiegenden Vorwürfe reichen bis ins Wiesbadener Rathaus. Noch ist unklar, welche etwaige Rolle Mitglieder der linken Rathausfraktion spielen. Ein besonderes Augenmerk liegt in diesem speziellen Fall auf der Vorsitzenden des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit Mechthilde Coigné.

Medialer Berichterstattung gemäß¹ soll auch die Vorsitzende des Ausschusses von jungen Opfern kontaktiert worden und um Gespräche bezüglich sexuellen Missbrauchs gebeten worden sein:

Nachdem sich verschiedene junge Frauen öffentlich auf Instagram geäußert bzw. als Opfer linker hessischer und Wiesbadener Politiker zu erkennen gegeben haben, meldet sich auch eine junge Frau, die in der medialen Berichterstattung „Antonia Coen“ genannt wird. Antonia Coen trat im Jahr 2019 - damals minderjährig - der Wiesbadener Linksjugend bei. Nach Recherchen des Nachrichtenmagazins Spiegel wurde sie in dieser Zeit Opfer sexuellen Missbrauchs eines Wiesbadener Linkenpolitikers, dessen Identität in der Berichterstattung ebenfalls anonym bleibt. Der Recherche gemäß wendet sich die junge Frau im November 2021 an die Vorsitzende des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit, Mechthilde Coigné (LINKE). Sie bittet die Vorsitzende um ein Gespräch, die dieses ablehnt. Laut des Spiegel fragte Mechthilde Coigné weder nach den Erlebnissen der jungen Frau noch, beantwortete sie mediale Anfragen hierzu.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob er Kenntnisse hat, dass sich die Geschehnisse tatsächlich so zugetragen haben, wie in der voran zitierten Spiegel-Recherche beschrieben,
- ob die beschriebenen und weitere Fälle an den Magistrat/die Frauenbeauftragte gemeldet wurden.

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-linke-vorwurf-sexueller-uebergriffe-in-hessen-betroffene-auessern-sich-erstmal-a-d6e768e4-ee7-4aec-ba16-bfa6337d3723>

6.1 22-F-05-0007

Die Rolle von Mechthilde Coigné im Rahmen der linken Metoo-Debatte, hier: Aufforderung zur Klarstellung

- Antrag der Fraktion FDP vom 10.05.2022 -

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit hat eine Vorbildfunktion für faires, vertrauensvolles Verhalten mit- und untereinander. Der Ausschuss befasst sich regelmäßig mit Themen wie Prostitution, sexuellen Übergriffen und/oder sexualisierter Gewalt. Mitglieder des Ausschusses sind häufig Ansprechpartner für Hilfesuchende und geben mit ihrer Expertise Unterstützung an Betroffene.

Wie im Spiegel berichtet, hat sich vermeintlich eine Betroffene des Linke-#metoo-Skandals an die Ausschussvorsitzende Mechthilde Coigné gewandt und um ein Gespräch gebeten. Die Kontaktaufnahme geschah aufgrund der Position als Ausschussvorsitzende. Ausweislich der Berichterstattung wurde dies von Mechthilde Coigné mit Bezug auf juristische Verfahren abgelehnt.

Da Mechthilde Coigné trotz mehrfacher Aufforderung bisher keine Stellung zu den Anschuldigungen bezogen hat, ist bis zur Aufklärung der Vorwürfe eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihr als Ausschussvorsitzende ausgeschlossen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Die Ausschussvorsitzende wird gebeten, den Sachverhalt vollständig aufzuklären und hierbei insbesondere darauf einzugehen, wann sie von den betroffenen Personen von den Vorwürfen erfahren und welche weiteren Schritte sie unternommen hat. Zudem soll sie erklären, ob die Darstellung der Betroffenen zutrifft, dass sie den Gesprächswunsch einer der Betroffenen mit Verweis auf die juristische Prüfung abgelehnt hat.

7. 22-F-63-0032

Bevölkerungsschutz in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Volt, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD vom 04.05.2022-

Die antragstellenden Fraktionen verurteilen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die Gräueltaten an der Zivilbevölkerung. Fragen der Landesverteidigung stehen seither wieder auf der Tagesordnung.

Weniger im Fokus ist der Bevölkerungsschutz. Doch spätestens seit dem Statement der Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 01.05.2022 im Focus online und im DLF sollte sich die Perspektive auch Richtung Bevölkerungsschutz wenden. Die Bevölkerung sollte sich auch auf Situationen vorbereiten, in denen durch eventuelle Cyberattacken auf kritische Infrastruktur mal länger der Strom ausfallen könnte. Empfohlen wird hier ein Notvorrat für zu Hause. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat eine Liste mit den wichtigen Gütern für diesen Vorrat veröffentlicht.²

Auch die eventuelle Reaktivierung der noch vorhandenen Schutzräume ist in dem Beitrag in den Raum gestellt worden. Statt in Panik zu verfallen, ist dringend Besonnenheit angebracht. Dazu gehört aber auch eine vorausschauende Auseinandersetzung mit den Vorkehrungen für den Bevölkerungsschutz. Hieraus ergeben sich einige Fragen, daher

Wolle der Ausschuss beschließen:

²https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Buergerinformationen/Ratgeber/ratgeber-notfallvosorge-checkliste.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- Welche öffentlichen bzw. privaten Schutzräume bestehen in Wiesbaden?
- Welche Schutzräume davon könnten reaktiviert werden?
- Sind Neubauten von Schutzräumen geplant? Wenn ja, wo?
- Wie wird die Bevölkerung im Notfall informiert?

8. 22-F-83-0002

Wirksamkeit von Polizeikontrollen

- Antrag der Fraktionen SPD, Volt und Die Linke vom 04.05.2022 -

Wie der Presseberichterstattung vom Samstag den 22.04.22 zu entnehmen war, wird der offene Drogenverkauf im Wiesbadener Westend von Anwohner*innen, sowie den ortsansässigen Gewerbetreibenden verstärkt beobachtet und gemeldet. Die Polizei sieht keinen „Hotspot“ für Verstöße, anders als die Anwohner*innen und Gewerbetreibenden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob und welche direkte Maßnahmen im Westend, mit verstärktem Fokus auf die Helenenstraße und die Bleichstraße, unter Einbeziehung der Landespolizei, geplant sind.

9. 22-F-92-0001

Umsetzung des Verbotes russischer Kriegspropaganda in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Volt und SPD vom 04.05.2022 -

In den vergangenen Wochen fanden in verschiedenen deutschen Städten immer wieder Demonstrationen statt, bei denen verbotene russische Propagandasymbole gezeigt wurden und den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verherrlichen. Diese Demonstrationen bewegen sich damit eindeutig außerhalb der vom Grundgesetz weiterhin garantierten und bestehenden Demonstrations- und Meinungsfreiheit. Dabei handelte es sich um Demonstrationen und Autokorsos von Unterstützer*innen des russischen Angriffskrieges, Querdenker*innen, Reichsbürger*innen sowie weiteren rechtspopulistischen und rechtsextrimistischen Parteien und Organisationen. Darüber hinaus hat mit „Kartina TV“ ein Unternehmen in Wiesbaden seinen Sitz, welches über das Internet weiterhin einschlägige und bereits verbotene russische Propagandasender überträgt und über 130.000 Kund*innen hat. Dabei wurde das Unternehmen bereits von den drei baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland aufgefordert, die Verbreitung der russischen Sender in den Ländern zu stoppen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

- über die kommunalen Spitzenverbände auf ein Verbot russischer Propagandasymbole hinzuwirken und auch die Symbole bei allen Kundgebungen zu verbieten.
- Des Weiteren wird der Magistrat gebeten zu prüfen, inwiefern die LHW ihrerseits Maßnahmen in Abstimmung mit der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) ergreifen kann, um die Verbreitung bereits verbotener russischer Propaganda zu stoppen.

10. 22-F-15-0007

Sicherheitskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden für einen Katastrophenfall

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 04.05.2022 -

Die derzeitigen Geschehnisse in der Ukraine und die damit einhergehenden Sanktionen und sonstigen militärischen und nichtmilitärischen Drohungen in verschiedene Richtungen geben Anlass zur Sorge, auch für die Menschen in Wiesbaden. Insbesondere Angriffe auf die Energie- und Strominfrastruktur stellen eine massive Gefährdung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Versorgung der Bevölkerung dar.

Ebenfalls sind durch Veränderungen des hiesigen Klimas häufigere und stärkere Wetterereignisse wie Starkregen, Überflutungen des Abwassernetzes oder auch Stürme nicht auszuschließen.

Solche Ereignisse bzw. deren Folgen können längere Versorgungsprobleme nach sich ziehen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Wer zeichnet für den Katastrophenschutz in Wiesbaden verantwortlich und welche Stellen (staatlich und nichtstaatlich) sind hier involviert.
- Sind nötigenfalls erforderliche Maßnahmen mit anderen Organisationen wie Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, THW, DLRG, Arbeitsagentur und Bundeswehr abgestimmt?
- Ist eine Kommandostruktur etabliert, die definiert, wer zu welchem Zeitpunkt eines bestimmten Szenarios welche Kompetenzen hat und welche Maßnahmen umzusetzen sind?
- Welche Schutzräume sind in der LHW vorhanden?
- Wurden bestehende Schutzeinrichtungen in den letzten 20 Jahren rückgebaut oder umgewidmet? Wenn ja, welche?
- Gibt es Planungen, für einen Katastrophenfall bezüglich Information, Anleitung und ggf Evakuierung der Bevölkerung? Wenn ja, wie sehen diese Planungen aus.
- Gibt es ein Frühwarnsystem und von welcher Stelle wird es aktiviert? Wenn ja, wie werden Behörden und Bevölkerung informiert?
- Wie wird sichergestellt, dass alle Menschen in Wiesbaden relevante Informationen zeitnah bekommen, insbesondere Menschen, die andere Sprachen sprechen und Menschen, die nicht über einen Internetzugang oder mobile Kommunikationsmittel (z.B. Apps auf Smartphones) verfügen bzw. anwenden können?
- Gibt es Reserven an Lebensmitteln, an Medikamenten sowie an Hygieneartikeln für den Fall, dass die Nahversorgung z. B. durch einen Angriff auf die EDV-Systeme der Lieferanten und/oder Logistiker massiv leiden würde? Wie würde eine Versorgung der Bevölkerung organisiert werden?
- Gibt es seit den Starkregenereignissen in z.B. der Innenstadt, Erbenheim und Nordenstadt und auch im Hinblick auf die Geschehnisse der Flutkatastrophe im Ahrtal ein funktionierendes Frühwarnsystem für bedrohliche Vorfälle für Wiesbaden?
- Wenn es ein Frühwarnsystem gibt, von welchem Amt oder Abteilung wird es angewendet und wie werden im Ereignisfall die Behörden und die Bevölkerung informiert?

11. 21-A-78-0001

Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat
Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat

12.

Verschiedenes

13.

TO

Tagesordnung II

1. 22-V-04-0001

DL 13/22-7

Bericht zum Platz der deutschen Einheit

2. 22-V-31-0005

DL 09/22-3

Geschäftsbericht Präventionsrat der Landeshauptstadt Wiesbaden 2019-2021

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.